

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebenegezeichnete Zeitspanne oder deren Raum 150 Bfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Bfg., Reklamen 500 Bfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Donnerstag, den 27. Januar 1921.

28. Jahrgang.

Steuerfront im Schatten Helfferichs.

Die Deutschnationalen empfehlen sich der Reichsregierung in der Steuerfrage. Sie wollen die direkten Steuern abbauen und die indirekten ausbauen. Mit der Sozialdemokratie — so erklärt Graf Westarp — ist das nicht zu machen. Der Sozialdemokrat Reil schlägt ja bereits Alarm. Daraus aber — so schlußfolgert die „Deutsche Tageszeitung“ — „wird naturgemäß eine gewisse Milderung des inneren Kurzes sich ergeben müssen, da dann eben eine Mehrheit nicht nur ohne, sondern gegen die Sozialdemokratie im Reichstag gebildet werden muß.“ In dem Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“, in dem diese Sätze stehen, verhöhnt der Artikelreiber die Demokraten und das Zentrum, indem er ihnen erklärt, die Finanzmisere sei eben die Folge des Erzberger-Kurses. Warum hätten die beiden Parteien auch so sehr dem „Finanzgenie“ Erzberger Vertrauen geschenkt.

Es gehört schon ein starkes Maß von Frechheit dazu, wenn heute die Deutschnationalen sich über die Finanzschwierigkeiten Deutschlands lustig machen. Aber die Herrschaften können ja eigentlich garnicht anders. Sie dürfen nicht anders reden, sie können nicht anders handeln. Wie sie die Lüge vom „Dolchstoß“ nicht sterben lassen dürfen, weil sie sonst ihre Schuld eingestehen müßten, so müssen sie auch auf Erzberger und seine Steuern schimpfen, so müssen sie alles tun, um diese Steuern zum Fiasko zu treiben. Wenn von Helfferichs „Finanzgenie“ die Rede ist, dann heißt es, er habe als „Mann von Ehre“ auf den Sieg hin gearbeitet und dementsprechend die Finanzpolitik gehandhabt. Man hat aber während des Krieges nichts davon gemerkt, daß sie, die die verdientes, auch — um den Sieg zu ermöglichen — die bezahlt hätten. Die englische Bourgeoisie arbeitete auch auf den Sieg hin und eben deswegen bezahlte sie auch Steuern, mehr als die deutsche Bourgeoisie. Im Reichstage hat man das damals schon, als Helfferich noch in seiner Sündenmienenblüte stand, den „Männern von Ehre“, die den Sieg wollten, deutlich genug gesagt. Es hat aber auf sie keinen Eindruck gemacht. Sie wollten die „Milliardenketten“ den Besiegten aufladen. Als man ihnen sagte, niemand trage solche Ketten, erklärten die Herren, selbstverständlich tue das nur ein Besiegter, der völlig am Boden liege.

Wenn die „Männer von Ehre“ schon früher, als es den Sieg des Kaisers, als es ihren Sieg galt, sich steuerlichen gezeigt haben, dann werden sie für die Republik erst recht keinen Großen übrig haben. Sie haben ihre Ausreden, und so kolportieren sie das Märchen, Erzberger habe nichts verstanden und sei an dem Steuerelend schuld. Aber waren es nicht die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die es ein Verdienst Erzbergers nannten, daß er die Finanzhoheit des Reiches aus dem theoretischen Schlummer in die praktische Wirklichkeit übergeführt habe? Bisher hat man sich immer fügen lassen müssen, daß der Steuerunitarismus Erzbergers eine seiner schlimmsten Sünden sei. Vielleicht sind auch noch verschiedene andere Seiten der Erzbergerschen Finanzreform nicht gar so schlecht. Vollkommen ist sein Werk nicht. Wo aber liegen die besseren Finanzpläne der Deutschnationalen? Finanzpläne — das war nicht die Sorge der Leute um Helfferich. Was ging sie die Republik an? Den Zusammenbruch wollen sie ja, wie ihre Haltung bei der Berliner Oberbürgermeisterwahl erst vor einigen Tagen wieder einmal klipp und klar gezeigt hat. Sie wollen das Steuerfiasko, sie wollen den Zusammenbruch, damit ihr Zusammenbruch von 1918 vergessen werde.

Die „Männer von Ehre“ machen sich über Erzbergers „Optimismus“ lustig. Sie sagen: „Herr Erzberger ist es gewesen, der in dem Adlerflug seiner Gedanken die Grenze weit hinter sich ließ, bis zu der die steuerliche Ehrlichkeit des einzelnen Bürgers reicht, hinter der die Reigung zur Defraudation beginnt.“ Da hat die „Deutsche Tageszeitung“ allerdings recht. Erzberger konnte nicht ahnen, daß die Steuerhosen der Besitzenden so weit gehen werde, wie wir es heute mit Schrecken beobachten. Die Steuermoral des Volkes ist vernichtet. Des Volkes — die der Junter braucht nicht erst vernichtet zu werden. Der Steuerstreik der Arbeiter kam doch gerade deswegen, weil die Masse sah, daß die Großen vom Zahlen sich drückten. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, man hätte nicht so „konfiskatorisch“ vorgehen sollen. Aber hat denn die Schonung nach der Zeit Erzbergers Erzbergers geholt? Hat nicht Dr. Heim den schonungslosen Finanzminister einen „Rauermörder“ genannt?

Das Zentrum, dessen Finanzmann Dr. Wirth das Lob Herr Helfferichs gefunden hat, will mit Zitat aus der „Kölnischen Zeitung“ bei der Sozialdemokratie für eine Revision von Stresemann die Spindelmann Stimmung haben. Diese Einladung müßte merkwürdig an gerade in dem Augenblick, wo das Lob der Deutschnationalen darüber laut wird, daß jetzt endlich die Erzbergersche Konturschere liquidiert wird. Beim Geldbeutel Anschlag nach rechts, wenn es nichts lobet, dann Anschlag nach links! Was ist die „innere Einheitsfront“ von Stresemann des Scheidemann, wenn die Steuerfront im Helfferichs reißt? Aber

wie kann man von den Schwärmern für die Einheitsfront aller Aufbaumwilligen wirkliche Opfer, Opfer in der Sozialleistungs- und Steuerfrage erwarten, wenn schon die Anerkennung Eberts als Reichspräsident als ein so großes „Ueberzeugungsopfer“ hingestellt wird?

200 Milliarden von Deutschland gefordert.

II. Paris, 27. Januar. Doumergue erklärte in der gestrigen Vormittags-Sitzung der alliierten Staatsmänner, daß die gesamte Entschädigungssumme, die Deutschland zu bezahlen haben wird, mit 200 Milliarden festgesetzt wurde, von denen 112 Milliarden auf Frankreich entfallen werden. Für die Bezahlung dieser Summe werde Deutschland 30 Jahre Zeit gelassen. Wenn es sich aber erweisen sollte, daß diese Frist zu kurz bemessen sei, so würde man den Zeitraum verlängern. In Boulogne für Mer sprach man von 42 Jahren. Demnach werden die Jahresraten der Zahlungen Deutschlands 12 Milliarden betragen, das ist 1 Milliarde monatlich. Um dieses zu ermöglichen, hätte Deutschland nach dem Beispiel eines einfachen Bürgers, dessen Schulden größer als seine Einnahmen seien, zu verfahren und müßte daher einen Teil seines Besitzes verpfänden, wie z. B. Eisenbahnen, Bergwerke usw. Doumergue erinnerte an die vielen Toten, die Frankreich zu beklagen habe und an die verwüsteten Provinzen. Es brauche 54 Milliarden für Pensionen und 48 Milliarden für den Wiederaufbau. Ohne diese Summen müßte Frankreich den Bankrott erklären. Man sagt, daß Deutschland Gefahren drohen. Wenn aber ein Staat Bankrott erklären müsse, so wäre es moralischer, daß das Land bankrott gehe, das den Krieg verschuldet hat.

Deutscher Reichstag.

Sturm bei der Justizdebatte.

Am Mittwoch hat sich bei der Justizdebatte das Bild gegen Dienstag wesentlich geändert. Im Anfang zwar gab die farbige und wesentlich leidlich farbige Rede des Volksparteilers Graf Dohna keinen Anlaß zu besonderer Aufregung; sie bewies nur, daß auch dieser Jurist, dessen Niveau immerhin höher ist, als das des armseligen Deutschnationalen Amtsrichters Barth, für die grauenvolle Einseitigkeit unserer Klassenjustiz nach seiner ganzen Herkunft und Weltanschauung einfach kein Verständnis aufbringen kann. Das demokratische Fräulein Lüders vertrat etwas langweilig, aber nicht unsympathisch, die besondern Forderungen der Frauen und machte besonders gegen die Mißstände auf dem Gebiet der Prostitution und des Familienrechtes Front. Dann kam der „Unabhängige“ Sauerbrey zu Wort und führte langsam, aber in zutreffender Weise noch einmal die ganze Reihe politischer Falschurteile und blinder Befangenheit unserer Richter vor. Der Justizminister Heinze aber, der sich Dienstag in seiner theoretischen Vorlesung noch den Anschein der Objektivität gegeben hatte, hielt das anscheinend nicht mehr für nötig und wies alle Anlagen mit einer so kühlen und anmaßenden Geste zurück, daß selbst der kindlichste Optimist an einer Reform unter Ministern von dieser Art nicht wird glauben können. Der Kommunist Levi, reichlich übertrieben in der Leidenschaft seines Ausdrucks, beschwor noch einmal die Schatten der unschuldig gemordeten Opfer und der Gothaer „Unabhängige“ Bod nahm sich besonders des Warburger Falles in allen Einzelheiten an. Als er den unverschämten Hohn des Warburger Professors Raab kräftig aber richtig kennzeichnete, brach die Rechte in ein minutenlanges Wutgeheul aus. Zum Schluß ließ der reaktionäre Minister Heinze seinen Instinkten völlig die Zügel schießen und zeigte die rabulische Linie, die dann auch alle Selbstbeherrschung verlor, dormalen auf, daß die Beratung in einer Flut gegenseitiger Beschimpfungen unterging und der Deutsche Reichstag ein unwürdiges Schauspiel bot, das sich hoffentlich nicht so bald wiederholen wird.

37. Sitzung.

Berlin, Mittwoch, den 26. Januar, nachm. 1 Uhr.
Abg. Graf zu Dohna (VDP): Der Reichsjustizminister hat die Zustimmung meiner Freunde bei der Durchführung seiner Reformarbeiten. Es ist unerheblich, daß in diesem Hause immer wieder ein Unterschied zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse gemacht wird. Wir kennen diesen Unterschied nicht (Große Freiheit auf der Linken.) Die deutschen Arbeiter dürfen nicht in einem Tag mit den Elementen geworfen werden, die hinter den Thron von der äußersten Linken herlaufen. (Große Unruhe links.)
Abg. Hans Lüders (DDP): Noch immer werden der ungeschulten Ausübung des juristischen Berufes durch die

Frauen von Seiten der Justizverwaltung Hindernisse bereitet. Großen Wert legen wir auf eine Revision des Familienrechts. Eine unerträgliche Prozedur ist das heutige Scheidungsverfahren, dessen Erleichterung wir unbedingt fordern. An Stelle des Verschuldungsprinzips müßte das Zerrüttungsprinzip entscheiden. Vielen Frauen ist bei Eingehen ihrer Ehe die Beibehaltung ihres Mädchennamens erwünscht. Die Verstärkung des Schutzes der Frauen gegen unbillige Angriffe ist zu begrüßen. Das Schutzalter für Mädchen muß mindestens auf das 16. Jahr hinaufgesetzt werden. In der Bekämpfung der Verbrechen gegen das heimliche Leben muß große Vorherrschaft, weil oft wirtschaftliche Not der Antrieb dazu ist. In der Frage der Reglementierung der Prostitution, insbesondere, was die Kasernierung der Prostituierten betrifft, gibt es für uns Frauen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken mit dem bisherigen System kein Kompromiß. (Beifall.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Den Antrag des Abg. Rabbrück, daß das Reichsgericht eine regelmäßige Uebersicht über die abgeurteilten Kriegsverbrecher geben soll, bitte ich abzulehnen, weil das Reichsgericht sonst unerträglich belastet wird. Wenn der Antrag, den Referendaren Vergütung zu gewähren, angenommen wird, will ich deswegen mit den Vorschlägen zustimmen. Ein Gesetz zur Besserstellung der unehelichen Kinder wird in kurzem fertiggestellt sein. Es ist nicht richtig, daß nach der Reichsverfassung die Frauen zu juristischen Ämtern zugelassen werden müssen. Die Verfassung stellt nur den Grundsatz der Gleichberechtigung der Frauen auf, ist aber nicht rechtschöpfend. Diese Frage kann überhaupt nicht schematisch behandelt werden. Eine Zulassung der Frauen zu den juristischen Ämtern kommt nur in Frage, wenn die weiblichen Volksteile hinter einem so grundlegenden Umsturz unseres Rechtswesens stehen.

Abg. Sauerbrey (USPD): Die Revolution ist an der deutschen Justizpflege hundertmal vorübergegangen. Die Organe sind von dem Geist der neuen Zeit vollkommen unberührt geblieben. Es werden weiter heute noch Unterbeamte mit Arrest bestraft, wenn sie vor ihren Vorgesetzten nicht stramm stehen. Manche Richter wissen heute noch nicht, daß die alte Eidesformel abgeschafft worden ist. Erst mit der vollkommenen Befreiung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden wir zu einer klassenlosen und gerechten Justiz kommen. Die Aburteilung der Kriegsverbrecher sollte ursprünglich einem Staatsgerichtshof überwiegen werden, aber diese Bestimmung hat man beiseite wieder entfernt. Die wirklich Schuldigen laufen in Deutschland frei herum. Einige Arbeiter greift man heraus. Welchen Eindruck muß das alles auf das Ausland machen. Der Minister soll auch einmal dem nachgehen, was vor einigen Tagen über den Plan einer militärischen Organisation der Königspartei in der „Roten Fahne“ stand. Endlich einmal sollte man auch gegen die zahlreichen Mörder des Volkstums vorgehen. Der Erlaß des Reichsministers Koch, den der Reichsjustizminister gebietet hat, ermuntert geradezu die Gegenrevolution. Die reinlich-weltfäulischen Arbeiter verlangen, daß endlich die vielen Morde, die während der Märkämpfe vorgekommen sind, gesühnt werden. Wenn Sie außerstande sind, die Morde zu sühnen, dann wird das Proletariat die Sühne dieser Morde übernehmen. (Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken, große Unruhe und Zurufe rechts.) Daß unter Strafrecht unbedingt reformiert werden muß, dafür ist erdrückendes Material beigebracht worden. Wir können von einer vollständigen Verlotterung des Justizwesens reden. Das ist eine dauernde Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Auf die Anzeige der „Roten Fahne“ wegen des angeblichen gegenrevolutionären Feldzugsplanes konnten wir nichts tun, nachdem festgestellt war, daß die Unterschriften von Ludendorff, Reventlow und Eberich gefälscht waren (Hört, hört!) Ludendorff hat um das Vaterland hohe Verdienste und das Reichsgericht hat festgestellt, daß von Hochverrat bei ihm nicht die Rede sein kann. (Widerpruch links.) Gegen Rapp hat man einen Haftbefehl und einen Steckbrief erlassen, auch wird man der Vermögensbeschlagnahme näher treten. Es sind also alle pflichtgemäßen Maßnahmen getroffen worden. Die Frage der Entschädigung unschuldig aus der Untersuchungsgelonnener Personen wird vom Ministerium eingehend geprüft. Die Klagen des Vorredners über die Handhabung des Armenrechts, über den Strafvolzug und ähnliches werden durch die in Vorbereitung befindlichen Reformen berücksichtigt werden. Die Untersuchungsbehörden sollen möglichst eingeschränkt werden. Durch die Art, wie man die Justiz hier herunterreißt, wird faktisch gar nichts erreicht. Wenn der Vorredner sich über die Beschlagnahme von Akten durch die lächerliche Justiz beschwert, so soll er sich doch an den Vorgesetzten der lächerlichen Justiz, den Minister Lipinski wenden, welcher der Partei des Vorredners angehört. (Heiterkeit.) Im übrigen steht die deutsche Justiz viel zu hoch, um von den Angriffen des Vorredners getroffen zu werden. (Unruhe links.) Schließlich hat der Vorredner davon gesprochen, daß die Arbeiterklasse sich unter Umständen ihr Recht selbst verschaffen würde. Ich warne aufs dringendste davor, mit der Gewalt zu spielen, denn jedem gehaltamen Vorgehen wird die Reichsverwaltung mit der größten Energie begegnen. (Lebhafte andauernde Beifall und Handklopfen rechts.)

Abg. Levi (Komm.): Diese Rede sagt mehr aus von dem wahren Geist der Justiz als die geistige Vorlesung des Ministers. Er ist mit den Deutschnationalen ein Herz und eine Seele. Sachen wird mir glaubwürdig berichtet, daß der Hauptmann Pfeffer gegen eine Ration von 20 000 Mark auf freien Fuß gesetzt ist. Wenn das wahr ist, dann richtet sich alle Strafverfolgung hauptsächlich nur noch gegen Arbeiter. Wenn hier behauptet wurde, daß von der Amnestie viel mehr zinstabilisatorische Vorteile hätte als Rechtsstabilisator, so kommt das einfach daher, daß keine gegen jeden Soldaten der Roten Armee im Rückgebiet ein Verfahren unabhängig gemacht ist, während die geschlossenen Verbände der Rapp-Soldaten überhaupt nicht angeklagt waren. Unmöglich ist in Bayern die Behandlung der Festungsgesangenen. Als der Geliebte eines Mädchens ein Komplott gegen die Regierung abwickeln wollte, wenn die ihn bewachenden Soldaten im Gefängnis abwickeln würden, ist er mit Zeitungsverbot und Eingekerkert bestraft worden. Wie wird es mit der Bekämpfung ge-

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 27. Januar.

Achtung, Bürgerchaftsfraktion. Sitzung am Sonnabend abend 7 Uhr im Rathaus. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Ueber die Herabsetzung der Heringspreise

und die Vorzugslieferung Lübecks hat, wie wir am Montag berichteten, die Preisfestsetzungskommission mit den Travestädter Fischern am Sonnabend verhandelt. Die Zugeständnisse, die in dieser Sitzung gemacht worden sind, wurden von abhängig gemacht, daß auch die sogenannten kapitalistischen Ringwadenbesitzer die dort gefaßten Beschlüsse anerkennen sollten. Zu diesem Zweck fand am Mittwoch abend eine weitere Verhandlung zwischen der Preisfestsetzungskommission und den in Betracht kommenden Fischern statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wandte sich U. u. Meißner in derben Ausdrücken gegen den Bericht des „Volksboten“ über die letzte Sitzung. Daß er und sein Glaubensgenosse Mundt in der fraglichen Sitzung gefehlt haben, bestritt U. nicht. Er gab auch zu, daß er rechtzeitig von dem Stattfinden der Sitzung Kenntnis hatte; doch sei er am Erscheinen verhindert gewesen. Sein Freund Mundt soll dagegen keine Einladung zu der Sitzung erhalten haben. Dann betonte er u. a. gegenüber dem Bericht des „Volksboten“, daß die Kommunisten an einer Demonstration gegen die hohen Lebensmittelpreise gar nicht gedacht hätten. Diese Behauptung ist völlig falsch. Wir wissen, daß die Kommunisten für den 26. Januar nicht nur eine Demonstration geplant hatten, sondern daß Vertreter der Kommunisten auch der Behörde gegenüber erklärt haben, den Bannkreis der inneren Stadt bei der Demonstration nicht beachten zu wollen. Wenn Bürgermeister das nicht weiß, so kann er es sich von seinen kommunistischen Parteifreunden besichtigen lassen. Nachdem die Demonstration nun „verregnet“ ist, braucht man sie doch nicht abzuleugnen. Genosse Knapp als Verhandlungsleiter erklärte, daß Mundt zu der letzten Sitzung nicht geladen war. Im übrigen habe U. sich bisher nur sehr selten an den Sitzungen beteiligt. Darauf trat man in die Verhandlungen ein. Knapp gab zunächst einen Überblick über die Beschlüsse der letzten Sitzung und forderte von den Ringwadenbesitzern die Anerkennung dieser Beschlüsse. Diese stimmten ein langes Klageelend an über die Not der Fischer. Sie hätten ungeheure Unkosten und bisher erst sehr wenig gefangen. U. u. Meißner erg-Extrakt sagte u. a., daß in den letzten 8 Wochen pro Mann insgesamt nur 270 Mk. Einnahme erzielt worden sei. Durch den Sturm hätten die Fischer am Dienstag einen Schaden von 750 000 Mark an ihren Fanggeräten erlitten. So gerne, so betonten mehrere Fischer, sie auch Lübeck billiger liefern wollten, es ginge nicht, denn der Verdienst der Fischer sei zu gering! Die ganzen Fischer der Ostseeküste hätten sich in Travestädte versammelt und warteten bisher vergebens auf den Heringfang. Dieses Klageelend der Fischer wurde durch eine gegenseitige Auseinandersetzung unterbrochen. Was dabei zutage kam, ist nicht nach einer Notlage der Fischer aus. So war einer der Herren einem Fischer, der im v. J. Fischermeister war, vor, daß er in 2 Wochen 13 000 Mark verdient hätte. Der Angegriffene gab das zu, verlangte aber, daß der betreffende Herr erst einmal seinen eigenen Verdienst bekannt geben möchte, der wahrscheinlich noch viel höher sei. Nach längerer Aussprache, in der Genosse Knapp besonders auf eine Verständigung drängte und die Fischer auf sehr hohen Gewinne des Vorjahres verwies, lenkte man etwas ein. Man erklärte sich schließlich bereit, die mit den Travestädter Fischern getroffenen Vereinbarungen dann anerkennen zu wollen, wenn allen Fischern erlaubt würde, in dem Bezirk 3 zu fischen. In diesem Bezirk dürfen nur die Mitglieder der Travestädter Fischerzugenossenschaft den Fischfang ausüben. Andere Fischer, die dort gefischt haben, sind mehrfach mit Geldstrafen belegt worden. Ein Vertreter der Genossenschaft stellte diesen Bezirk als wenig fruchtbar hin. Ein Meisdorfer Fischer verwies demgegenüber auf einen im v. J. in einem Zuge dort erbeuteten Fang von 187 000 Pfund. Trotz alledem aber sind die Fischer arm und leiden Not. Das wurde von ihnen immer wieder betont. Schließlich einigte man sich dahin: Die Ringwadenbesitzer sind bereit, die in der letzten Sitzung getroffenen Vereinbarungen über Preisermäßigung usw. anzuerkennen, wenn die Preisfestsetzungskommission in nächster Zeit mit den Behörden Verhandlungen darüber anbahnt, daß allen Fischern gestattet wird, im Bezirk 3 zu fischen. Außerdem wird die Nachvollziehung der wegen dieser Übertretung erlassenen Strafen verlangt. Die Fischer vertraten mit aller Energie den Standpunkt, nur bei gleichen Rechten auch die gleichen Pflichten übernehmen zu wollen. Ferner erklärten sie, daß sie auch im vorigen Jahre sich bereits an der Versorgung Lübecks mit billigen Fischen beteiligt hätten. Die gegenteilige Behauptung der Fischerzugenossenschaft sei un wahr. Ein Fischer gab bekannt, daß eine Deputation bereits in Berlin bei der Regierung wegen der Freigabe des Fischens im 8. Bezirk vorstellig geworden sei. Für die Entscheidung dieser Frage in Lübeck allein zuständig. Verhandlungen mit dem Senat stehen hierüber in Aussicht. Wir und der Ansicht, daß bei solchen Voraussetzungen wie im vorigen Jahre die Fischer Lübeck ohne große Opfer mit billigeren Fischen versorgen können. Bei Verhandlungen werden die Fischer zweifellos ein gutes Geschäft. Ein kleiner Vorteil kann Lübeck schon eingeräumt werden. Wir verweisen nicht, daß der Beruf der Fischer schwer und hart ist und gönnen ihnen einen anständigen Verdienst. Ausmüchle wie im vorigen Jahre müssen aber vermieden werden.

Schöffengericht.

Mehrere Hühnerliebhaber standen am Dienstag vor dem Schöffengericht. Es waren der 16jährige Knecht T., der 17jährige Arbeiter W. und der 30jährige Arbeiter A.. Die beiden Angeklagten hatten in Idenort einem Landmann zu drei verschiedenen Malen insgesamt 10 Hühner und 8 Küken gestohlen. Sie wollen zu der Tat gekommen sein, weil sie bei dem Bestäuber, wo sie in Stellung waren, schlecht versorgt wurden. Ob diese Angabe richtig ist, konnte das Gericht nicht feststellen. Der Angeklagte A. hatte die Hühner für 8 Mk. pro Stück angekauft und für 18 Mk. wieder verkauft. Letztere hat außerdem gemeinschaftlich mit dem Zimmerer E. dem betreffenden Landmann einen Baumstamm vom Felde gestohlen und sich das Holz mit einer Frau J. geteilt. Letztere erhielt wegen Diebstahls 3 Tage Gefängnis. E. wurde wegen Diebstahls zum Diebstahl um 1 Tag Gefängnis verurteilt. A. bekam wegen Diebstahls und Diebstahls sechs Wochen Gefängnis. Die jugendlichen Hühnerliebhaber kamen mit je 10 Tagen Gefängnis davon. — Papierrollen gestohlen haben die Arbeiter M. und U. beim Generalanzeiger“. Scherer war dort in Stellung, während letzterer dort früher beschäftigt war. Beide hielten am Tage das Papier aus einem Schrank und übergeben es dem Reisenden L., der es für 300 Mk. das Pfund mit 1 Mk. verkaufte. L. und U. erhielten je 2 Wochen Gefängnis. M. wurde um 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Wegen Beleidigung eines höchsten Kaufmanns erhielt der Kaufmann T. aus Berlin 2 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte, der schon zweimalig vorbestraft ist, Erwerbslust erlitten, den Offenbarungsverdacht geltend hat, war mit dem höchsten Kaufmann im Geschäft verbunden gewesen und hatte einen ganzen Wagon Waren beschlagnahmt. Da aber die entsprechenden Erklärungen über den Beschlag nicht ausreichten, unterließ die Behörde, den Angeklagten darauf in einer Kasse des höchsten Kaufmanns eine Beschlagnahme, wozu das Gericht eine Beleidigung erließ. — Drei Briefe an den Kaiser. Der Arbeiter G., 22 Jahre, und der Arbeiter H., 18 Jahre alt, die beide beschuldigt wurden, wurden eines Tages dabei erwischt, als sie einen großen Brief aus einem Briefkasten hielten. Sie verweigerten durch Wortwechsel und wollten sich dem Raub widersetzen. Die eroberten

Werte enthielt der Brief aber nicht. Beide wurden zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt. — In der Tatengeleiher unterzogen hat ein auswärtiger Reisender. Er hatte für die „Norddeutsche Zeitung“ Inserate gesammelt und von den vereinnahmten Geldern 1023 Mk. unterschlagen. Das Urteil lautete auf 200 Mk. Geldstrafe. — „Rüssen ist keine Sünd“... aber unter Umständen strafbar und kann auch schlimme Folgen nach sich ziehen. Das zeigte die Schöffengerichtsverhandlung gegen den Handlungsgehilfen W. und den Monteur S. Beide hatten eines Abends in der Breiten Straße eine Frau und deren Tochter unarmt und geföhrt und außerdem bei der Gegenwehr der Tochter das Kleid zerrissen. Auf das Geschrei der Ueberraschten kam Hilfe. Beide Täter wurden zur Wache gebracht. Die Frau hat durch diesen Uebefall einen Nervenschock erlitten und war längere Zeit krank. Ihr früheres Nerveneiden verschlimmerte sich durch diesen Vorfalle stark. Der Angeklagte W. erklärte sich bereit, für das zerrissene Kleid den Betrag von 700 Mk. zu zahlen. Ebenso war auch der Angeklagte S. bereit, für den folgenreicheren Raub ein Schmerzensgeld von 800 Mk. zu zahlen. Der Strafantrag wurde vorläufig zurückgelassen. Die jugendlichen Streiche und der ungebührliche Raub hatten also in doppelter Hinsicht schlimme Folgen. — Ein „Gel“ kostet 300 Mark, wenigstens muß der Kaufmann J. diesen Betrag für das Wort „Gel“ zahlen. Er hatte diese Neuerung einem Eisenbahnkassierer an den Kopf geworfen, weil dieser das Rauchen in einem Nichtraucherlokal nicht dulde. Das Gericht erließ in der betreffenden Neuerung eine Beleidigung und bestrafte den Strafbefehl von 300 Mk., wogegen J. Berufung eingelegt hatte.

Zum Gefrierfleischverkauf in der Markthalle wird uns vom Zentralverband der Fischer zu dem Bericht des Landesverwaltungsamtes geschrieben: Nach dem Bericht sollen zwei erwerbslose Schlachtergesellen um den Verkauf des Gefrierfleisches gebeten haben. Das trifft nicht zu, richtig ist vielmehr, daß der Verkauf des Gefrierfleisches in einer Sitzung des L.-V. durch erwerbslose Schlachtergesellen angeregt wurde und zwar durch künstliche Verkaufsstellen in der Markthalle. Wir erhielten darauf eine Einladung zu einer Sitzung wobei wir gefragt wurden, ob wir geeignete Leute zur Verfügung stellen könnten. Wir bejahten die Frage. Daraufhin stellten sich zwei Kollegen von uns unter gewissen Bedingungen zur Verfügung. Dieser Sachverhalt ist doch ein ganz anderer, als aus dem Bericht des L.-V. hervorgeht. Weshalb der Sache ein Mäntelchen umhängen! Weiter bedauern wir, daß das Fleisch nicht zu einem billigen Preise verkauft werden soll, angeblich, weil durch die Stadt den notleidenden Schlachtermessern keine Konkurrenz gemacht werden darf. Dies könnte ja schließlich nur Folge haben, daß die Preise im allgemeinen herabgedrückt würden. Um dieses zu erreichen, sollte gerade dem Staate jedes Mittel recht sein.

Zur Abstimmung in Oberschlesien. Hocherfreulich ist es, daß sich die im Ausland wohnenden Oberschlesier heimisch nach Deutschland zu kommen, um am Wahltag für ihre geliebte Heimat ihre Stimme abzugeben. Bereits haben sich aus Dänemark, aus Schweden und Norwegen Deutsche gemeldet, welche hier kurz vor der Abstimmung eintreffen werden. Lübecker, tut auch Ihr eure Pflicht und geht für die Grenzländer zur Verstärkung der Eintracht. Zur Abstimmung reisende Oberschlesier bedürfen für das Ueberschreiten der Reichsgrenze auf der Hin- und Rückreise weder eines deutschen Passes noch eines deutschen Einreise- oder Ausreisevisums, sofern sie sich durch einen Personalausweis als Abstammungsbesitzende ausweisen. Personalausweis, Waf und Schuttpass werden abhörtretrei ausgestellt. Aus Deutschland allein, ohne das Ausland, werden über 300 000 Oberschlesier in ihre Heimat zur Abstimmung zu befördern sein. Darum gebe jeder nach Kräften, um die sachlichen und persönlichen Unkosten zu decken zu können.

Kohlenenergie. Nach einer Bekanntmachung der Ortskostenstelle können Inhaber von Zentralheizungen nochmals bis zu 25 Prozent ihrer rationierten Anteilungsmenge (75 Prozent des Normalbedarfs) für die letzte Heizperiode erhalten. In Frage kommen aber nur diejenigen Inhaber von Zentralheizungen, die keine Defen haben lassen. Anträge sind bei demjenigen Händler zu stellen, dem die Lieferung durch den Verbraucher übertragen ist.

Vertragswesen der Oberförsterei. In den Montagen vom 21. Januar an wird die 5. Vertragsreihe der Oberförsterei beginnen, die Herr Oberlehrer Dr. jur. u. phil. O. Döring übernommen hat. Er wird sprechen über Philosophie der Kunst. Nach einer psychologischen Einführung über das künstlerische Schaffen, in der Herr Dr. Döring, dessen philosophische Schriften bekanntlich in ganz Deutschland und besonders auch von keiner geringeren Anzahl als der deutschen Kunstgeschichte anerkannt worden sind, eine neue Theorie vorzutragen wird, soll zunächst das System der Künste auseinandergesetzt und dann sollen in zwei besonderen Vorträgen die freien Künste und die gebundenen Künste behandelt werden. Der 5. Vortag hat zum Gegenstand: Das ästhetische Genie. — Wir machen auf diese Vorträge alle diejenigen Künstler aufmerksam, die an der philosophischen Begründung künstlerischer Dinge Anteil nehmen. Sie werden hier eine reiche Fülle von Anregungen finden. Alles Nähere ist aus den Anschlägen und Zeitungsanzeigen zu erfahren.

Ringkampf im Gewerkschaftshaus. Resultate vom Mittwoch: Stürke, Antwerpen, hier über Pogorba, Oberschlesien, in 13.55 Min. durch Schulterwundung. Gurnwald, Rheinland, im Entscheidungskampf gegen Fischer, Sachfen, in 36.15 Minuten durch Armzug aus dem Stand. Der Entscheidungskampf Marjal-Schmitz wird nach 47 Min. abgebrochen, da Schmitz bei einem doppelten Genickhebel des finnischen Riesen die Verrennung verliert.

Stadttheater. Nochmals sei auf die Gründungsfeierlichkeiten der Kammerspiele hingewiesen. Eingeleitet wird der Abend durch das Bandler-Quartett aus Hamburg. Auf einen launigen Prolog folgt die Schiffs-Grotte: Der Floß im Banjerhaus. Karten sind in nur beschränkter Anzahl an der Theaterkasse zu haben. Am Sonnabend und Sonntag folgt eine Wiederholung vom „Floß im Banjerhaus“ in den Kammerspielen.

pb. Geföhrt wurde von einem, auf einem Hausflur in der Nüchternstraße hingestellten Landwagen eine Rinde, die folgende Sachen enthielt: 20 1/2 Bäckchen Zee, 2 Kartons mit je 500 Zigaretten, 3 Pfd. gem. Jamm, 2 Kartons Orfel, 2 Pfd. gem. weißen Pfeffer, 12 Stacheln, Raubdriftstoffe, 20 Kugelperle, 1 Dgd. Bismarck-Schraubler, 600 Zigaretten. — Von der Wäsche eines Grundstücks in der Paradenstraße 77 der Tischler, Bettücher, Bettbezüge u. a. gestohlen.

Von der Heringsfischerei.

h. Travestädter, den 26. Januar. Am Dienstag hatten unsere Fischer einen ganz besonders schlechten Tag. Nicht nur was den Fang anbelangte, denn das kommt ja oft vor, daß einige Fischer mit ihren Ringwaden tagelang wochenlang nichts fangen, sondern die meisten Fischer hatten das Pech, daß sie ihre Waden zerrissen, einige ja hart, daß sie bis zu 20 000 Mark und darüber Unkosten zu verzeichnen hatten. In der Wabe der Travestädter Jungmeister, wie sie hier genannt wird, ging gänzlich verloren. Von der ganzen Wabe kam nur nichts wieder zum Vorschein, so daß die jungen Anfänger mit einem Schlage wieder arm sind. Es kommt hinzu, daß ältere Fischer diesen jungen Kollegen das Geld zur Anschaffung der Ringwade gegeben und somit auch mancher älterer Fischer einen gut Teil seines Vermögens verloren hat, denn wir bei der Wabe ist so gut wie nichts gefangen worden. Das ist nun ja aber leider das Los der Fischer. Als Lehner einer Ringwade sind ja natürlich die Fischer dem Staate verpflichtet zu bestimmten und manchen sind sie durch den Verlust einer Wade wieder verur-

arm. Denn die Anschaffung einer neuen Wabe erfordert einen Kostenaufwand von rund 200 000 Mk. Ueber 20 Ringwaden bedecken Dienstag das Meeresfeld, den Primat, die Siebenbücht und auf sämtlichen Bränden lagern sie ausgebreitet und wurden geföhrt und durch große neu angelegte Reserveteile ausgebessert, um sie sobald wie möglich wieder gebrauchsfähig zu machen. Aber heute liegen verschiedene von diesen Waden dort und haben der Ausbesserung. Verschiedene Fischer, namentlich auswärtige, haben noch nichts gefangen und lassen bereits den Kopf hängen, weil sie in der ganzen Zeit noch nichts verdient und nur Unkosten haben, die nicht ganz klein sind. Hoffentlich wird auch diesen Leuten nun recht bald ein glücklicher Zufall einen guten Fang bescheren, damit sie die Sorgen um die Zukunft los werden. Wenn es auch richtig ist, daß einige Fischer im letzten Jahre sehr gut verdient haben, so sieht man doch an dem vorher Gesagten, daß dies auch leicht wieder zu verlieren ist.

Angrenzende Gebiete.

s. Schwartau. Volkshilfsbildungsgesellschaft. Am Dienstag hielt im hiesigen Lichtbildtheater Gen. E. Schermer Lübeck vor dem Volkshilfsbildungsgesellschaft einen Lichtbildvortrag über das Thema „Durch Risch und Moor und Wald“. Ein begeisteter Naturfreund und Kenner führte die zahlreichen Zuhörer ein Stückchen an der Hand vorzüglich Naturaufnahmen (zum großen Teil eigene) durch die herrliche Umgebung Lübecks. Ein solcher Vortrag weckt nicht nur die Liebe zur Natur und bildet nicht nur den Schönheitssinn, sondern erquickt Herz und Gemüt und bereitet reine Freude. Man hätte am liebsten noch Stundenlang zugehört und zugehört, und wir würden uns sehr freuen, wenn wir bald unseren Freund Schermer hier wieder für einen Vortrag gewinnen könnten.

Wähler der Provinz Lübeck!

Die Wählerlisten liegen bis inkl. 30. Januar aus. Verjämme keiner, sich selbst davon zu überzeugen, ob er in die Listen eingetragen ist. Es können gar zu leicht einzelne übergangen werden.

Im „Lübecker Hof“ in Schwartau spricht am Sonnabend, den 29. Januar, 8 Uhr abends, Hr. Schröder, M. d. R. Der Besuch dieser Versammlung ist allen Arbeitern und Arbeiterinnen sehr zu empfehlen. Die Parteiversammlung wird deswegen auf den 5. Februar verlegt.

Katekan. Bei der Wahl eines Gemeindevorsethers für die Gemeinde Weiskatekan wurde der Landwirt Schwarz auf aus Kiel mit 18 Stimmen gewählt, während 11 Stimmen auf unsern Genossen Kühnle-Schwartau entfielen. Wie verlautet, wird gegen die Wahl Schwarz aus, da er kein Gemeindevorrecht hat, Protest eingelegt werden.

Hamburg. Eine mißglückte Demonstration. Die „vereinigte Erwerbslosenvereinerung Groß-Hamburgs“ (soll heißen die ehemaligen revolutionären Erwerbslosenräte) forderten zu einer Demonstrationssammlung für den 26. Januar auf dem Heiligengeföhrt auf. Am ganzen waren etwas weniger als 1000 Menschen dem Rufe gefolgt. Nachdem man ob des unfreundlichen Wetters rasch einige Zeit auf dem Heiligengeföhrt hin und hergezogen war, wurden neben der Turnhalle gegenüber der Kieler Straße und in einem Lokale in der Grimsbütteler Straße Reden gehalten. Der Kandidat Rode gab den Ton an. Eine Kommission wurde beauftragt, beim Senat wegen der von den Erwerbslosen gestellten Forderungen vorstellig zu werden. Hamburg zählt gegenwärtig 87 000 Erwerbslose.

Neueste Nachrichten.

Doppelmord.

II. Stettin, 27. Januar. Eine grausige Entdeckung machten Schüler, die für die Abstimmung in Oberschlesien sammelten. Als sie in der Wallstraße zur Wohnung des Tischlermeisters Naowaffe kamen und die Wohnung verschloßen fanden, sahen sie durch die Küchenfenster auf dem Zuhöden Frau Naowaffe in einer Blutlache liegen. Die sofort herbeigeeilte Polizei stellte den Tod der Frau fest. Im Wohnzimmer fand man auch die Leiche des Mannes, der mit einem Hammer erschlagen worden ist, der neben der Leiche lag. Frau N. ist anscheinend mit einem Beil erschlagen worden, und zwar mit solcher Heftigkeit, daß der Stiel abbrach.

Selbstmord aus patriotischen Gründen.

III. Köthen (Anh.), 27. Januar. Der Gymnasialprofessor und Hauptmann a. D. Dr. Paul Siein hat sich, angeblich weil er die Schmach seines Volkes nicht länger ertragen konnte, erschossen.

Vollzugsabstimmung in Tirol.

III. Wien, 27. Januar. Der Tiroler Landtag hat beschlossen, die Vollzugsabstimmung über die Frage des Anschlusses an Deutschland am 27. Februar vorzunehmen.

Explosion in einem alten Minenstollen im Prießnerwald.

III. Nancy, 27. Januar. Eine juchbare Explosion, deren Ursache noch nicht bekannt ist, hat sich Dienstag morgen in einem früheren Minenstollen im Prießnerwald ereignet. Ein Feuerwerker, der sich in der Nähe befand, ist von einer Aerobenzünderung betroffen worden, die ihn anfangs macht, Auskunft über die Ursache des Unglücks zu geben. Ein Arbeiter wurde in Stücke gerissen. In der Umgebung des tiefen Kraters, der durch die Explosion hervorgerufen ist, wurden Leichenreste gefunden.

Ein Anschlag gegen den Führer der armenischen Friedensdelegation.

III. Paris, 27. Januar. Ein Armenier, namens Terzaganian, hat einen Revolveranschlag auf den Führer der armenischen Friedensdelegation in Paris abgegeben, jedoch ohne ihn zu treffen. Der Täter wurde verhaftet.

Stolz George gegen einen Staatskredit für Oesterreich.

III. Paris, 27. Januar. Stolz George, der sich an das kürzeste Gedächtnis hat, für die Verhandlungen erlassen wurde, nicht immer, erzählt im „Echo de Paris“, daß Liond George sich gegen einen Staatskredit für Oesterreich mit den Worten ausgesprochen habe, er wolle nicht einmal die Arbeitslosen in London ansprechen, wie soll er es da anfangen, einem fremden Volke auf die Hüfte zu helfen. Das sei eine Angelegenheit der Banker. Darauf habe Briand erwidert, daß die Minister für das Unglück Oesterreichs verantwortlich seien, wenn sie hätten ja das Land verlassen. Stolz George glaubt, daß Frankreich und Italien ein besonderes Interesse an der Hilfe für Oesterreich haben, während England in einem Anschlag Deutsch-Oesterreichs an Deutschland seine Gefahre sieht.

30 000 griechische Deserteure begnadigt.

III. Athen, 27. Januar. Alle Personen, die unter dem vorläufigen Regime als Deserteure erklärt worden sind, wurden bei der Übernahme der Macht durch die neue Regierung begnadigt. Sie sind jetzt einberufen worden und haben sich in Reihen der Militärbehörde zur Berichtigung gestellt. Das Kriegsmaterial beträgt ihre Zahl auf 30 000.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Jenz. Glöckner, Druck: Friedr. Reiser & Co. Schmidt in Lübeck.

Zur Klärung!

Neuerdings werden vielfach Pflanzenöle, die nicht aus unseren Werken stammen, als Palmöl angeboten und verkauft.

In allen Fällen handelt es sich um Mißbrauch der uns gesetzlich geschützten Marke Palmöl.

Palmöl nur echt,
wenn von
H. Schling & Cie. A.-G.
Hamburg

Konsumverein für Lübeck u. Umg.

e. G. m. b. H.

Als besonders preiswert empfehlen wir unseren Mitgliedern:

- Margarine 12.80 u. 13.—
- Schmalz, reines 12.—
- Schmalz, reines, prima 13.—
- Kokosfett 12.—
- Speck, geräuchert, Ia. 17.50
- Haferflocken 3.60
- Kinderhaferflocken 2.30
- „ „ 1-Paket 4.50
- Gerstgrütze 2.70
- Gruppen 2.85
- Sago 4.—
- Sagomehl 4.20
- Kartoffelmehl 4.40
- Tafelreis 4.—
- Bruchreis, fast Vollreis 3.50
- Kunsthonig 4.70
- Kaffee, gebrannter, I 24.—
- „ „ II 27.—
- Verschiedene Sorten Käse, das Pfund von 8.— an. (12918)
- Ein kl. Restbestand amerik. Heereskonserven, Dose 2.75 und 3.75.

Gleichzeitig machen wir unsere werten Mitglieder auf die Anmeldung der neuen Lebensmittelkarten aufmerksam, die bis zum 7. Februar erfolgt sein muß.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

8. u. 9. Distrikt

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 28. Januar abends 7 1/2 Uhr, im Konzerthaus Lübeck, Fackelburger Allee.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Weiß.
2. Verschiedenes.

5. Distrikt. Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, dem 29. Januar abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. (Zimmer A).
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Weiß.
2. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Berammlung

der
Koll- und Blutwagentätiger

am Freitag, dem 28. Januar abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Lohnarif.

Berammlung

der Hausdiener, Austrägerinnen und Reinwaschfrauen

am Freitag, dem 28. Januar abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission.
12925 Die Ortsverwaltung.

Mieterinnengemeinschaft

e. B. = Lübeck.

Geschäftslokal Marienstraße 27.
Sprechstunde 8-7 Uhr nachm.

Moisling. Öffentliche Versammlung

am Montag, dem 1. Februar abends 8 Uhr im Kaffeehaus Moisling.

Schwartau. Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, dem 3. Februar abends 7 1/2 Uhr, im Gasthaus „Transvaal“.
Alle Arbeiter mit ihren Familien sind zu unserer Versammlung freundlichst eingeladen.
12907 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Berammlung

der
Bauschlosser

am Freitag, dem 28. Januar nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Die Ortsverwaltung.

Verein „Fritz Reuter“ Lübeck.

Morgens abend: Gesellschafts-Abend. Kolosseum.
Kloß 7. (12926) Der Vorstand.

Vorträge der Oberlehrerbehörde.

Oberlehrer Dr. jur. et phil. O. Döring: Philosophie der Kunst. 5 Vorträge an den Montagen vom 31. Januar an, abds. 6 1/2 Uhr, in der Aula der Erweiterten Schule. Preis der Vorträgereihe M. 3.50. Einzelvortrag M. 1.— (12904)

Gewerk-schaftshaus

Europa-Meisterschaft

der Berufsmänner.
Heute Donnerstag: Kellermann a Poprzeha, Pleschwarjak, Pettlean, Schmitz gegen Steurs. Wiederaufnahme des Entscheidungsfalles: Urbach, Guronameister, g. Grunewald, Rhd. Ferner heute: Die 1000-M. - Wette! Urbach gegen Szeny.
Beginn 7 30 Uhr. (12903)

Gledermann

8 1/2 Uhr (12912)
Guido Herfer und das große Januar-Programm.

Hansa-Theater

Heute 7 1/2 (12911)
Heinrich Heines erste Liebe.
Schnabel in 3 Akten.

Mein Leopold.

Sonnabend 7 1/2:
PREMIERE:
„Francin Puck“

Stadttheater Lübeck.

Donnerstag 7.30. Cardenio.
24. Fort. im Don Quixote. Buch D und 12. Fort. im Don Quixote.
Freitag 7.30. Der Waffenschmied. 24. Fort. im Waffenschmied. Buch D und 12. Fort. im Waffenschmied.
Freitag 7.30. Die Schatzkammer. 7.30. Die Schatzkammer. Buch C u. 12. Fort. u. 12. Fort. im Waffenschmied.
Samstag 7.30. Die Schatzkammer. Buch C u. 12. Fort. u. 12. Fort. im Waffenschmied.

Bekanntmachung.

Die... (text partially illegible)

Kleiner Arbeitsvertrag

... (text partially illegible)

St. Peter

... (text partially illegible)

Städtchen

... (text partially illegible)

Zur Mühl

... (text partially illegible)

Wasserkraft

... (text partially illegible)

Edward Speck

Leder

M. Schachtel, ... (text partially illegible)

Futter-Weizen

... (text partially illegible)

Glasfiet

... (text partially illegible)

Metallbatten.

... (text partially illegible)

Alle Arbeiter

... (text partially illegible)

Otto Alberts

... (text partially illegible)

Anzeigen

... (text partially illegible)

Stadthallen-Lichtspiele.

Die Flucht des Fremden-Legionärs

Wir bitten, den Film „Die Flucht des Fremden-Legionärs“ nicht mit ähnlichen betitelten Filmen zu verwechseln.

Walter Schmidt 13.50
Gerd Schmitt 20.00
K. Grube, Henziels, ... (text partially illegible)

K. Grube, Henziels

... (text partially illegible)

Visitenkarten

... (text partially illegible)

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 28. Januar abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Einführung der produktiven Gewerbetätigensteuer.
2. Bericht von den Verhandlungen vom 24. Januar 1925.
3. Verschiedenes.
12908 Die Ortsverwaltung.

Freie herabgesetzt

Legebr. Kaffee

... (text partially illegible)

Heimliche Abtreibung oder ärztlicher Eingriff

... (text partially illegible)

Dr. Krause

... (text partially illegible)

Zigarren Zigaretten Tabak!!

... (text partially illegible)

